

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl im Saarland am 27. März 2022

Amtliches Endergebnis

Dominik Hirndorf und Jochen Roose

- › Die SPD wird vor der CDU stärkste Kraft mit absoluter Mehrheit. Mit 43,5 Prozent schließt sie an ihre guten Ergebnisse in den 1980er und 1990er Jahren im Saarland an.
- › Die Linke verliert klar und ist nicht mehr im Landtag vertreten. FDP und Grüne scheitern ebenfalls knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.
- › Die Wahl ist durch landesspezifische Faktoren geprägt. Die hohe Bekanntheit von Ministerpräsident und Herausforderin ist ungewöhnlich. Auch die wahlentscheidenden Themen sind landesspezifisch.
- › Anke Rehlinger entscheidet mit hohen Zustimmungswerten das Duell der Spitzenkandidaten gegen Tobias Hans für sich und ist der bestimmende Faktor in der Wahlentscheidung.
- › Die SPD profitiert zudem von der ihr zugesprochenen Problemlösungskompetenz in den wichtigsten politischen Themen.
- › Die AfD zieht mit ähnlichem Ergebnis wie 2017 in den Landtag ein.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl im Saarland 2022	3
1. Das Wahlergebnis im Saarland.....	3
2. Wesentliche Bestimmung der Wahlgründe	4
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung.....	7
Impressum	9
Die Autoren	9

Die Landtagswahl im Saarland 2022

1. Das Wahlergebnis im Saarland

Seit dem Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik Deutschland 1957 dominieren bei den Wahlen zum saarländischen Parlament die beiden großen Volksparteien CDU und SPD. Sie vereinen meist – wie auch bei dieser Wahl – mehr als 70 Prozent der Stimmen auf sich.

Die **SPD** gewinnt 13,9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 hinzu und wird mit 43,5 Prozent stärkste Partei. Damit kann sie an die guten Ergebnisse im Saarland im Zeitraum der 1980er und 1990er Jahre anknüpfen. Die SPD erhält 38.744 Stimmen mehr und wird von 196.801 Wählerinnen und Wählern gewählt. Mit diesem Ergebnis gewinnt die SPD im Vergleich zur Vorwahl 12 Mandate zusätzlich und stellt mit 29 Mandaten fortan die absolute Mehrheit im Parlament (51 Sitze).

Die **CDU** verliert 12,2 Punkte und erzielt mit 28,5 Prozent ihr zweitschwächstes Ergebnis im Saarland. Sie verliert 88.109 Stimmen und wird von 129.154 Wählerinnen und Wählern gewählt. Die CDU erhält 19 Mandate und verliert somit im Vergleich zur Vorwahl 5 Parlamentssitze.

Ebenfalls im Landtag vertreten ist die **AfD**. Sie verliert 0,5 Punkte, zieht jedoch mit einem Ergebnis von 5,7 Prozent erneut ins Parlament ein. Die AfD verliert 7.252 Wählerinnen und Wähler und erhält 25.719 Stimmen. Wie bereits in der letzten Legislaturperiode wird die AfD mit 3 Abgeordneten im Landtag vertreten sein.

Die **Grünen** scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde und sind erneut nicht im Landtag des Saarlandes vertreten. Sie erreichen 4,99502 Prozent der abgegebenen Stimmen und können ihr Ergebnis aus dem Jahr 2017 um 1,0 Prozentpunkt steigern. Die Grünen gewinnen 1.206 Wählerinnen und Wähler hinzu und erzielen 22.598 Stimmen. Zum Einzug in das Parlament fehlen der Partei lediglich 23 weitere Stimmen.

Auch die **FDP** scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde und geht in ihre dritte Legislaturperiode in Folge in der außerparlamentarischen Opposition. Sie gewinnt 1,5 Punkte hinzu und erzielt 4,8 Prozent. Die FDP kann 21.618 Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen, das ist ein Plus von 4.199 Stimmen.

Die **Linke** erleidet hohe Verluste und verpasst mit einem Anteil von 2,6 Prozent deutlich den Einzug in den Landtag des Saarlandes. Im Vergleich zur Vorwahl im Jahr 2017 büßt sie 10,3 Punkte ein. Die Linke verliert 56.877 Stimmen und wird von 11.689 Wählerinnen und Wählern gewählt.

Auf die **sonstigen Parteien** entfallen insgesamt 9,9 Prozent. Im Vergleich zur Vorwahl zeigt sich ein Plus von 6,5 Punkten. Unter den sonstigen Parteien schafft es die Tierschutzpartei auf 2,3 Prozent. Auch die Freien Wähler (1,7 Prozent), dieBasis (1,4 Prozent), bunt.saar (1,4 Prozent) sowie Die PARTEI (1,0 Prozent) nehmen an der Wahlkampfkostenerstattung teil.

Die **Wahlbeteiligung** liegt bei 61,4 Prozent und ist damit im Vergleich zur Vorwahl gesunken (-8,3 Punkte).

2. Wesentliche Bestimmung der Wahlgründe

Bei der Wahl im Saarland setzt sich mit der hohen Wechselwahlbereitschaft ein Trend fort, der schon länger zu beobachten ist. Eine große Mehrheit kann sich die Wahl unterschiedlicher Parteien vorstellen und ein gutes Drittel mag drei oder mehr Parteien.¹ Auch über die politischen Lager von Schwarz-Gelb oder Rot-Rot-Grün hinweg entscheiden sich die Wählenden für unterschiedliche Parteien.

Die Richtung dieser Wechsel ist stark durch landesspezifische Faktoren geprägt. Die Bekanntheit nicht nur des Ministerpräsidenten, sondern auch der Herausfordererin ist außergewöhnlich hoch. Nur 4 Prozent trauten sich keine Einschätzung der politischen Arbeit des Ministerpräsidenten Tobias Hans zu und nur 8 Prozent konnten die politische Arbeit von Anke Rehlinger nicht einschätzen (Infratest dimap). Die Spitzenkandidatinnen von Linke, Grünen und FDP waren dagegen deutlich unbekannter (zwischen 43 und 77 Prozent ohne Einschätzung). Bei anderen Landtagswahlen konnten deutlich höhere Anteile der Wahlberechtigten die Arbeit der konkurrierenden Person nicht einschätzen. So trauten sich zum Beispiel in Baden-Württemberg 24 Prozent kein Urteil über Susanne Eisenmann zu und in Sachsen-Anhalt konnten jeweils rund 65 Prozent die Konkurrentinnen und Konkurrenten von Rainer Haseloff nicht bewerten.²

Ein starker Einfluss von Personen auf die Wahlentscheidung ist im Saarland nicht ungewöhnlich. Als 2009 Oskar Lafontaine, ehemaliger SPD-Ministerpräsident des Saarlandes, für die Linke antrat, konnte er mit seiner Popularität ein Rekordergebnis von 21,3 Prozent für die Linke erzielen. Dabei kamen die Wählerzuströme von allen Parteien, auch über erhebliche inhaltliche Differenzen der Parteien hinweg.

Landesspezifisch sind auch die Themen, die den Wählerinnen und Wählern im Saarland am Wahltag besonders wichtig waren. Auf die Frage nach dem wichtigsten Problem im Saarland wurden Arbeitsplätze am häufigsten genannt (27 Prozent), gefolgt von Infrastruktur (17), Corona (15) und Klima/Energiewende (14) (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen). Im deutschlandweiten Politbarometer vom März 2022 kamen Arbeitsplätze und Infrastruktur als Nennungen nicht vor, die Wirtschaftslage nannten lediglich 3 Prozent als eines der beiden wichtigsten politischen Probleme (Quelle: Politbarometer KW 10, März 2022 der Forschungsgruppe Wahlen).

In dieser Problemwahrnehmung spiegelt sich der Strukturwandel des Saarlandes. Nach dem Ende der Kohleförderung steht nun mit den Veränderungen in der Automobilindustrie ein weiterer Strukturwandel an, was den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft des Landes zu wichtigen politischen Problemen macht. Dabei sorgen sich nicht nur jüngere Menschen um ihre eigenen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Stärker noch wird der Arbeitsmarkt bei Menschen ab 50 Jahren und auch bei Menschen jenseits des Erwerbsalters als Problem gesehen (SaarlandTREND Februar 2022, Seite 9). Wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über Strukturwandel in ehemaligen Kohleregionen gezeigt hat, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region entscheidend für die langfristige Perspektive der Heimatregion. Aus emotionaler Verbundenheit mit der Heimat ist Wirtschaftspolitik auch für jene Menschen wichtig, die selbst nicht mehr erwerbstätig sind.³

Eine weitere Besonderheit des Saarlandes ist die relative Schwäche von kleineren Parteien. Anders als auf Bundesebene konnten sie keine stabilen Zuwächse erzielen. In Zukunft sind im saarländischen Landtag nach dem Auszählungsstand vom 28.03.2022 nur drei Parteien

vertreten.⁴ Damit ist das Saarland aktuell das einzige Bundesland, in dessen Landesparlament weniger als fünf Parteien vertreten sind.

Entscheidend für den Wahlausgang war die Konkurrenz zwischen Tobias Hans und Anke Rehlinger. Im direkten Vergleich der beiden Personen wollten 56 Prozent lieber Rehlinger und 32 Prozent lieber Hans als Ministerpräsidenten haben (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap: 53:29). Dabei überzeugen beide ihre jeweilige Anhängerschaft. 84 Prozent der CDU-Wählerinnen und -Wähler bevorzugen Hans als Ministerpräsidenten, 93 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler möchten Rehlinger als Ministerpräsidentin. Bei den Wählerinnen und Wählern der übrigen Parteien findet Rehlinger allerdings größere Unterstützung als Hans (Forschungsgruppe Wahlen).

45 Prozent waren zufrieden mit der politischen Arbeit von Tobias Hans, aber 68 Prozent zeigten sich zufrieden mit der Arbeit von Anke Rehlinger (Infratest dimap). Bei der Bewertung auf einer Skala von +5 bis -5 erreicht Hans einen Wert von 1,1, während Rehlinger bei 2,4 liegt. In der Kandidatenbewertung hat sich Rehlinger gegenüber ihrer Kandidatur 2017 nicht nennenswert verändert. Damals hatte Rehlinger einen Wert von 2,1, der sich bei der aktuellen Wahl auf 2,4 erhöht hat (Forschungsgruppe Wahlen). Zufrieden waren mit ihrer politischen Arbeit 2017 68 Prozent, was dem Wert für 2022 entspricht (Infratest dimap). Allerdings schneidet ihr Konkurrent Tobias Hans deutlich schlechter ab als seine Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer bei der Wahl 2017. Der Skalenwert für Kramp-Karrenbauer lag bei 2,4, während Hans auf 1,1 kommt (Forschungsgruppe Wahlen). 76 Prozent waren 2017 zufrieden mit der politischen Arbeit von Kramp-Karrenbauer, während es bei Hans 45 Prozent sind (Infratest dimap).

Im Profilvergleich schneidet Rehlinger ebenfalls besser ab als Hans. Bei der Sympathie liegt Rehlinger etwas vorn (47:30 Prozent), größer sind die Unterschiede aber bei der zugeschriebenen Kompetenz (55:23), der zugeschriebenen Führungskraft (58:23) und der zugeschriebenen Glaubwürdigkeit (52:22). Der Aussage „Anke Rehlinger versteht, was die Menschen im Saarland bewegt.“ stimmen 66 Prozent zu. Die entsprechende Aussage über Tobias Hans erhält mit 45 Prozent weniger Zustimmung (Infratest dimap).

Die Einschätzung der Parteien SPD und CDU entspricht weitgehend den Einschätzungen der Personen. Die CDU im Saarland wird auf der Skala von +5 bis -5 mit 1,1 bewertet, genau wie Tobias Hans. Die saarländische SPD kommt auf einen Wert von 2,2, während der Wert für Rehlinger bei 2,4 liegt. Damit hat sich die SPD gegenüber der Wahl 2017 nur leicht von 1,9 auf 2,2 verbessert, während die CDU von 2,1 auf 1,1 abgesunken ist (Forschungsgruppe Wahlen).

Mit der Arbeit der Landesregierung ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden, während 47 Prozent weniger zufrieden oder unzufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der Landesregierung lag im November 2020, während der zweiten Corona-Welle, bei 69 Prozent und ging danach zurück. Innerhalb der Regierung wird die SPD besser bewertet. 58 Prozent sind mit der Arbeit der SPD in der Regierung sehr zufrieden oder zufrieden, während es bei der CDU 38 Prozent sind. Gegenüber der vorherigen Wahl ist die Bewertung der SPD nur leicht besser geworden (2017: 52; 2022: 58), während sich die Bewertung der CDU verschlechtert hat (2017: 59; 2022: 38) (Infratest dimap).

Bei den zugerechneten Parteikompetenzen liegt die SPD durchweg vor der CDU. Der SPD werden höhere Kompetenzen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeschrieben (SPD: 49 Prozent, CDU: 21 Prozent), bei der Infrastrukturpolitik (SPD: 41, CDU: 24), bei der Wirtschaftspolitik (SPD: 40, CDU: 23), dem Klimaschutz (SPD: 22, CDU: 13), der Bildungspolitik (SPD: 42, CDU: 22) und der

sozialen Gerechtigkeit (SPD: 54, CDU: 15) (Forschungsgruppe Wahlen, ähnliche Werte bei Infratest dimap). Im Vergleich zur vorhergehenden Wahl sind die Kompetenzzurechnungen für die CDU durchweg zurückgegangen. Bei der Wirtschaftspolitik gab es einen Rückgang von 39 Prozent auf 23 Prozent bei der aktuellen Wahl und auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen (2017: 35, 2022: 21) sowie der sozialen Gerechtigkeit (2017: 25, 2022: 15) ist die Kompetenzzuschreibung an die CDU gegenüber der Vorwahl nicht mehr so häufig (Forschungsgruppe Wahlen, ähnlich Infratest dimap). Die Entwicklung bei der SPD wird von den Instituten unterschiedlich gemessen. Während Infratest dimap bei der SPD nur geringe Zuwächse für die zugeschriebenen Kompetenzen feststellt (zum Beispiel Wirtschaft 2017: 31, 2022: 40), verzeichnet die Forschungsgruppe Wahlen nennenswerte Zuwächse (zum Beispiel Wirtschaft 2017: 27, 2022: 40; Arbeitsplätze 2017: 30, 2022: 49, soziale Gerechtigkeit 2017: 37, 2022: 54). Die Corona-Politik wird eher der CDU zugetraut. 32 Prozent sehen die CDU kompetent in diesem Politikfeld, 25 Prozent die SPD.

Die generelle Problemlösungskompetenz fällt als summarische Beurteilung ähnlich aus. Die wichtigsten Aufgaben im Saarland zu lösen, trauen 38 Prozent am ehesten der SPD und 22 Prozent am ehesten der CDU zu (Infratest dimap). Am ehesten zukünftige Probleme löst für 40 Prozent die SPD und für 24 Prozent die CDU (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Wunschkoalition der Wählerinnen und Wähler war unmittelbar vor der Wahl eine Koalition von SPD und CDU unter Führung der SPD. 54 Prozent fanden vor der Wahl eine solche Koalition gut. Eine Alleinregierung der SPD fanden dagegen mit 45 Prozent etwas weniger gut (Forschungsgruppe Wahlen).

Grüne, Linke und AfD waren oder sind durch tiefe interne Konflikte geprägt, was zu ihrem Wahlergebnis beigetragen haben dürfte. Die Linke war zum Ende der Legislatur mit zwei Fraktionen im Landtag vertreten. Die Bekanntgabe des Parteiaustritts von Oskar Lafontaine weniger als zwei Wochen vor der Wahl erhielt große mediale Beachtung. 80 Prozent stimmten der Aussage zu, die Linke sei „zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können“ (Infratest dimap).

Die AfD konnte nicht mit einer Landesliste antreten, weil diese im Laufe von internen Streitigkeiten zurückgezogen wurde. Für die Anzahl besetzter Mandate hat dies keine Auswirkungen. Die Stabilität des AfD-Wahlergebnisses erklärt sich aus der Polarisierung gegen alle übrigen Parteien. In der AfD-Wählerschaft ist durchweg der Anteil an Wechselwählerinnen und Wechselwählern am geringsten.⁵

Die Grünen hatten aufgrund von parteiinternen Konflikten bei der Bundestagswahl keine Landesliste aufgestellt. Bei der Landtagswahl sind nun 67 Prozent der Ansicht, die Grünen seien „zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können“. 75 Prozent meinen, die Grünen „haben im Saarland nicht das geeignete Personal, um mitzuregieren“ (Infratest dimap).

Der FDP wird ebenfalls von einer Mehrheit abgesprochen, geeignetes Personal zum Mitregieren zu haben (58 Prozent) (Infratest dimap). Nach 2012 und 2017 scheitert die FDP wieder an der Fünf-Prozent-Hürde, wobei sie jeweils ihr Ergebnis etwas verbessern konnte.

Die Stimmen für die Sonstigen verteilen sich auf mehrere Parteien und summieren sich zu 9,9 Prozent.

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung⁶

Die **SPD** gewinnt aus fast allen Richtungen Wählerinnen und Wähler hinzu. Der größte Zuwachs kommt mit 32 Tsd. Stimmen von der CDU, gefolgt von der Linken, die 17 Tsd. Stimmen an die SPD verliert. Von den Grünen kommen weitere 3 Tsd. Stimmen und 1 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der AfD machen nun ihr Kreuz bei der SPD. Zwischen SPD und FDP halten sich Zu- und Abstrom die Waage. Wie alle anderen Parteien hat auch die SPD bei dieser Wahl mit gesunkener Wahlbeteiligung an das Nichtwählerlager und die sonstigen Parteien verloren. Die SPD verliert 2 Tsd. Stimmen an das Nichtwählerlager und weitere 4 Tsd. Wählerinnen und Wähler an die sonstigen Parteien.

Die SPD hat überdurchschnittlich unter Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren und damit zusammenhängend auch unter Rentnerinnen und Rentnern hinzugewonnen. Bei den jüngeren Wählergruppen bis 45 Jahren, insbesondere bei der Gruppe der unter 30-Jährigen (Forschungsgruppe Wahlen) bzw. unter 25-Jährigen (Infratest dimap), verzeichnet die SPD dagegen unterdurchschnittliche Zuwächse.

Die **CDU** verliert in alle Richtungen, am stärksten an die SPD (32 Tsd.) und an das Nichtwählerlager (19 Tsd.). Hinzu kommen Verluste an die sonstigen Parteien (-6 Tsd.), die FDP (-4 Tsd.), die Grünen (-3 Tsd.) und die AfD (-1 Tsd.). Von der Linken kann die CDU 2 Tsd. Stimmen dazugewinnen.

Die CDU verliert überdurchschnittlich unter Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren, also genau der Wählergruppe, in der die SPD überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnet. Zusätzlich weist die CDU überdurchschnittliche Verluste bei Wählerinnen und Wählern mit hohem formalen Bildungsabschluss sowie unter Angestellten und Beamten auf.

Die **AfD** gewinnt von der Linken (4 Tsd.) und der CDU (1 Tsd.) Wählerinnen und Wähler hinzu. Die höchsten Verluste verzeichnet die AfD mit 7 Tsd. Stimmen an das Nichtwählerlager. An die SPD und die sonstigen Parteien verliert sie 1 Tsd. Stimmen. Zwischen AfD, FDP und Grünen findet kein sichtbarer Wähleraustausch statt.

Die AfD verzeichnet bei der Sozialstruktur ihrer Wählerinnen und Wähler keine auffälligen Veränderungen. Ihre besten Ergebnisse erzielt die AfD in den mittleren Altersgruppen. Insbesondere in diesen Alterskategorien schneidet sie auch deutlich stärker bei Männern als bei Frauen ab.

Die **Grünen** können vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken von sich überzeugen, von denen 4 Tsd. nun für die Grünen stimmen. Zusätzlich wechseln 3 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der CDU zu den Grünen. Dagegen verlieren die Grünen 3 Tsd. Stimmen an die SPD. An die sonstigen Parteien (-1 Tsd.) und das Nichtwählerlager (-2 Tsd.) verzeichnen die Grünen leichte Verluste.

Mit Blick auf das Wahlergebnis erzielen die Grünen überdurchschnittliche Ergebnisse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern sowie Personen mit hohem formalen Bildungsabschluss. Die Grünen werden gleichermaßen von Männern und Frauen gewählt.

Die **FDP** kann nur von der CDU Stimmen hinzugewinnen (4 Tsd.). Zwischen FDP und SPD gleichen sich die Wählerströme aus. Die FDP verliert an die sonstigen Parteien und an das Nichtwählerlager jeweils 1 Tsd. Stimmen.

Die FDP gewinnt bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern, vor allem den jüngeren Männern, überdurchschnittlich hinzu. In diesen Gruppen erzielt sie auch überdurchschnittliche Ergebnisse.

Die **Linke** verliert in alle Richtungen, am stärksten mit 17 Tsd. Stimmen an die SPD. Zusätzlich bleiben 12 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken nun der Wahl fern. Hinzu kommen Verluste an die sonstigen Parteien (-9 Tsd.), die Grünen (-4 Tsd.), die AfD (-4 Tsd.) und die CDU (-2 Tsd.). Zwischen der Linken und der FDP findet kein sichtbarer Wähleraustausch statt.

Die Linke verliert relativ gleichmäßig über alle sozialstrukturellen Gruppen verteilt. Überdurchschnittlich stark verliert die Partei bei den Arbeitern.

Die **sonstigen Parteien**, unter denen die Tierschutzpartei mit 2,3 Prozent das beste Ergebnis erzielt, gewinnen aus allen Richtungen Wählerinnen und Wähler hinzu. Die größten Gewinne verzeichnen die sonstigen Parteien von ehemaligen Wählerinnen und Wählern der Linken (9 Tsd.), der CDU (6 Tsd.) und der SPD (4 Tsd.). Von AfD, Grünen und FDP wechseln jeweils 1 Tsd. Wählerinnen und Wähler zu den sonstigen Parteien. Dazu entscheiden sich 3 Tsd. ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler nun für eine der sonstigen Parteien.

¹ Siehe Neu, Viola/Pokorny, Sabine 2021: Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

² Quellen: Infratest Dimap Baden-WürttembergTREND März 2001, PoliTREND Rheinland-Pfalz Januar 2021, Sachsen-AnhaltTREND Mai 2021.

³ Siehe Roose, Jochen 2020: Wirtschaft ist Heimat. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

⁴ Aufgrund des sehr knappen Ergebnisses könnte den Grünen durch eine Nachzählung noch der Einzug in den Landtag gelingen.

⁵ Siehe Neu, Viola/Pokorny, Sabine 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

⁶ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autoren

Dominik Hirndorf ist Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Jochen Roose ist Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

T +49 30 / 26 996-3858

dominik.hirndorf@kas.de

Dr. Jochen Roose

T +49 30 / 26 996-3798

jochen.roose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2022, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).